

Philipp Genschel / Klaus Schlichte

Wenn Kriege chronisch werden: Der Bürgerkrieg

1. Krieg und Bürgerkrieg*

Das geläufige Bild vom Krieg ist geprägt vom Kampf zwischen Staaten: Krieg ist, wenn uniformierte, hoch organisierte und hierarchisch kontrollierte Kombattanten sich an einer Front gegenüberstehen. Die Kriegsziele sind territorial definiert, und der Unterschied zum Frieden ist eindeutig. Der Übergang vom einen in den anderen Zustand läßt sich mitunter auf die Minute genau bestimmen. Der Golfkrieg z.B. endete am 28. Februar 1991 um 5:00 Uhr morgens. Danach war Frieden.

Mit dem zeitgenössischen Kriegsgeschehen hat dieses „Idealbild“ nur wenig zu tun.¹ In ihrer Mehrzahl sind die Kriege seit 1945 innerstaatliche Bürgerkriege, in denen die klaren Fronten zwischenstaatlicher Kriege fehlen.² Die Unterscheidung zwischen Kombattanten und Nicht-Kombattanten bleibt diffus. Die Kriegsziele sind undeutlich und werden, häufig selbst für die unmittelbar Betroffenen, immer undeutlicher, je länger der Krieg andauert. Kriegsparteien brechen auseinander und werden durch neue Koalitionen ersetzt, deren Zusammensetzung häufig bis kurz vor ihrer Vereinbarung noch undenkbar erschien. Die Grenzlinie zwischen Krieg und Frieden wird unscharf. Ab und an schweigen die Waffen, aber meist bedeutet das nicht das Ende des Krieges, sondern nur eine Atempause. Zahllos sind die Bemühungen, in Verhandlungen ein Ende der Kämpfe zu erreichen, doch schriftlich fixierte Vereinbarungen bleiben oft bloße Zeichen. Häufig beginnen

* Wir danken Dietrich Genschel und Philip Manow für kritische Kommentare.

1 Wir folgen der Kriegsdefinition der Hamburger „Arbeitsgemeinschaft Kriegsursachenforschung“ (AKUF). Demzufolge ist Krieg ein bewaffneter Massenkonflikt, der die folgenden drei Merkmale aufweist: a) bei mindestens einer der in die bewaffneten Auseinandersetzungen verwickelten Gruppen handelt es sich um Regierungstreitkräfte, b) die Kriegsparteien zeigen ein Minimum an Organisation der Kampfhandlungen, auch wenn dies nicht mehr meint als strategisch geplante Überfälle; c) die bewaffneten Auseinandersetzungen zeigen ein gewisses Maß an Kontinuität und sind nicht bloß gelegentliche Konfrontationen, das heißt, beide Seiten agieren nach einer erkennbaren Strategie (vgl. Gantzel/Schwinghammer 1995, S. 31 ff.).

2 Zur Kriegsentwicklung nach 1945 vgl. Gantzel/Schwinghammer (1995), Holsti (1992) und Singer (1991). Für die Jahre nach dem Ende des Ost-West-Konflikts vgl. Wallensteen/Sollenberg (1995) und Schlichte (1996b).

schon wenige Tage nach der Unterzeichnung des Abkommens neue Kämpfe.³ Bürgerkriege sind lang und zäh.

Wenn man nach den Ursachen der unterschiedlichen Erscheinungsformen von zwischenstaatlichen Kriegen und Bürgerkriegen fragt, so wird schnell deutlich, daß die gängigen makrosoziologischen Kriegsursachentheorien die Antwort schuldig bleiben. Der Grund liegt darin, daß diese Theorien auf die Erklärung der 'Initialzündung' von Kriegen fixiert sind, aber kein Modell für ihre Verlaufsdy- namik anbieten.⁴ Sie untersuchen, wie aus der säkularen Verschiebung bestimmter Makrostrukturen politische Spannungen entstehen, die dann im Krieg aufbrechen. Sie analysieren aber nicht, was passiert, wenn der Krieg tatsächlich einmal be- gonnen hat. Sie unterscheiden sich darin, welcher Makrostruktur sie die größte kriegsursächliche Bedeutung zuweisen – realistische Ansätze sind auf die Macht- konstellation des internationalen Systems fixiert (z.B. Waltz 1988), marxistisch inspirierte Ansätze auf die Dynamik der kapitalistischer Epochenentwicklung (z.B. Siegelberg 1994), während kulturalistische Ansätze die Bedeutung ideologischer Inkompatibilitäten hervorheben (z.B. Huntington 1993). Ihnen allen gemeinsam ist jedoch, daß sie Kriege ausschließlich als Folge und Funktion ihrer strukturellen Anfangsbedingungen begreifen.

Wenn man typische Beispiele betrachtet, etwa den Bürgerkrieg in Afghanistan, dann muß man jedoch daran zweifeln, ob die Kenntnis der Anfangsbedingungen ausreicht, um die Entwicklungsdynamik von Kriegen zu verstehen. In Afghanistan ging es ursprünglich nur um den Sturz eines als 'gottlos' empfundenen Regimes in Kabul. Aber obwohl dieses Ziel inzwischen längst erreicht ist, geht der Krieg weiter. Er hat sich von seinen Anfangsbedingungen emanzipiert und ist sich selbst zur Ursache geworden. Ganz allgemein scheinen Bürgerkriege, wenn sie nur lange genug währen, eine Eigendynamik zu entfalten, die zu ihrer Selbst-Perpetuierung führt: Der Krieg wird zum Motor seiner selbst, der Unfrieden wird chronisch.

Im folgenden Abschnitt (Abschnitt 2) werden wir versuchen, die Mechanismen der kriegerischen Eigendynamik zu verstehen. Wir wollen zeigen, wie der Kriegs- prozeß die von ihm betroffenen Menschen und Organisationen konditioniert, willentlich oder unwillentlich zur Fortführung oder sogar Ausweitung des Krieges beizutragen. In einem zweiten Schritt werden wir „Stopmechanismen“ diskutieren, die diese Eigendynamik unterbrechen und damit zu einem Ende von Bürgerkriegen führen können (Abschnitt 3). Zum Schluß wenden wir uns der Frage zu, ob die

3 Während 61 Prozent der *zwischenstaatlichen* Kriege zwischen 1945 und 1992 auf dem Wege von Verhandlungen und Vermittlungen einvernehmlich beendet werden konnten, war das nur bei 32 Prozent der *innerstaatlichen* Kriege der Fall (AKUF-Kriegedatenbank, Universität Hamburg, vgl. auch Licklider (1995)). Die 129 rein innerstaatlichen Kriege zwischen 1945 und 1992 dauerten im Durchschnitt 96 Monate. Die durchschnittliche Dauer der rein *zwischenstaatlichen* Kriege im gleichen Zeitraum lag bei 25 Monaten (AKUF-Kriegedatenbank, Universität Hamburg). Die Daten sind Näherungen, weil insbesondere für viele innerstaatliche Kriege keine exakten Enddaten angegeben werden können, vgl. Gantzel/Schwinghammer (1995, S. 40).

4 Forschungsüberblicke bieten Levy (1989) und Mandler/Schwegler-Rohmeis (1989). Jüngere Literatur diskutieren Vasquez (1993), Bremer (1993) und Zürn/Brozus (1996).

Eigendynamik des Krieges tatsächlich, wie unsere Einleitung nahelegt, auf innerstaatliche Kriege beschränkt bleibt oder auch zwischenstaatliche Kriege erfassen kann (Abschnitt 4).

2. Zur Eigendynamik von Bürgerkriegen

Renate Mayntz und Brigitte Nedelmann sehen das Kennzeichen eigendynamischer Prozesse darin, daß „sie sich – einmal in Gang gekommen oder ausgelöst – aus sich selbst heraus und ohne weitere externe Einwirkung weiterbewegen und dadurch ein für sie charakteristisches Muster produzieren und reproduzieren“ (1997, S. 87). Eigendynamische Prozesse erzeugen Wirkungen, die zu Bestandteilen ihrer eigenen Verursachung werden; oder aus der Perspektive der sie tragenden Akteure formuliert, sie reproduzieren aus sich heraus die sie antreibenden Motivationen. Will man die spezielle Eigendynamik von Bürgerkriegen verstehen, muß man folglich analysieren, wie der Krieg die von ihm betroffenen Akteure veranlaßt, seine Fortführung aktiv zu betreiben oder doch zumindest zu dulden. Diese zirkuläre Selbststimulation ist ein vielschichtiges Phänomen, das hier nicht umfassend beschrieben werden kann. Wir beschränken uns darauf, die Eigendynamik von Bürgerkriegen aus drei verschiedenen Perspektiven zu deuten, einer zeitlichen, einer lerntheoretischen und einer verteilungspolitischen Perspektive.

2.1 Krieg als Zeitproblem: Der Verlust der Zukunft

Der Krieg hat eine eigene Zeitstruktur, die durch die Dominanz kurzfristiger Imperative gekennzeichnet ist. Weil im Kriege das Überleben permanent bedroht ist, stehen Menschen und Organisationen unter dem dauernden Druck, ihre Aufmerksamkeit auf das Überleben des nächsten Augenblicks zu konzentrieren. Der Planungshorizont wird radikal verkürzt. Gelassenheit und Geduld gehen verloren, und die Menschen sind bereit, Dinge zu tun, die sie unter geringerem Zeitdruck möglicherweise nicht tun würden.

In den Berichten vom Bürgerkrieg in Bosnien und Ruanda wird das drastisch deutlich. Angesichts der universalen Bedrohung haben sich hier Menschen gegenseitig hingemetzelt, die sich im Grund nahegestanden haben mögen: Nachbarn, Arbeitskollegen und sogar Familienangehörige. „Die Angst, selbst Opfer von Gewalt zu werden, führt zu Präventivschlägen“, die die Berechtigung dieser Angst bestätigen und weitere Präventivschläge provozieren (Elwert 1995, S. 131). Bisher neutrale Zivilisten schlagen sich auf eine Seite der Bürgerkriegsparteien, um nicht zwischen die Fronten zu geraten und verstärken dadurch den Krieg, vor dem sie sich doch eigentlich fürchten. Die Antizipation fremder Gewalt schafft Gewaltbereitschaft auch da, wo sie bisher gar nicht vorhanden war. Gewalt wird zur *self-fulfilling prophecy*.

Die Vordringlichkeit des Kurzfristigen schlägt sich nicht nur in reflexartiger Gewaltbereitschaft nieder, sie macht sich folgenreicher noch in den ökonomischen Strukturen bemerkbar, die sich im Bürgerkrieg entwickeln. Im Frieden wie im Krieg sind die Akteure auf einen kontinuierlichen Ressourcenzufluß angewiesen, um ihr Überleben und ihre Handlungsfähigkeit zu sichern. Im Unterschied zum Frieden werden im Kriege aber ungleich höhere Prämien auf die unmittelbare Verfügbarkeit der Ressourcen gefordert und gezahlt, z.B. auf Treibstoff, Fahrzeuge und Nahrungsmittel. Es nutzt nichts, morgen dem Gegner materiell überlegen zu sein, wenn man heute mit begrenzten Mitteln geschlagen werden kann.

In Kriegsökonomien liegt deshalb das Schwergewicht auf der Mobilisierung unmittelbar verfügbarer Ressourcen, nicht, wie in Friedensökonomien, auf der Sicherung künftiger Ressourcen. Statt in die Zukunft zu investieren, wird die Gegenwart ausgebeutet. Die industrielle Infrastruktur wird demontiert. Die Einrichtungen der internationalen Hilfsorganisationen werden ausgeraubt, Bodenschätze und natürliche Ressourcen ausgeplündert, Edelhölzer weit unter dem Weltmarktpreis versetzt, Kunstschatze zu Spottpreisen angeboten. Soldaten werden nicht besoldet, sondern eignen sich marodierend die Rücklagen und Vorräte der Bevölkerung an. Die Produktion stagniert und bricht schließlich ganz zusammen. Dafür blühen Handel und Schwarzhandel.⁵ Die Kriegsökonomie ist eine Ökonomie des Ausbeutens, Wegnehmens und Verschiebens und nicht des Investierens, Kooperierens und Vermehrens.

Daß die verschiedenen Techniken des Wegnehmens und Ausbeutens auf Gewalt oder der Androhung von Gewalt beruhen, ist evident; sie zielen ausschließlich auf die Akquisition eines möglichst großen Anteils an der begrenzten Ressourcmenge. Die Befriedigung unvereinbarer Ansprüche kann nicht auf einen späteren Zeitpunkt verschoben und durch imaginiertes Wachstum gelöst (Luhmann 1996, S. 327), sondern muß im Hier und Jetzt ausgefochten werden. Der kooperationsfördernde „Schatten der Zukunft“ (Axelrod 1984) schrumpft auf Null. Die Ressourcenbewirtschaftung wird zum Nullsummenspiel. Der unverhohlenen aggressive Charakter solcher Spiele ist bekannt.⁶

Die Tragik dieser extraktiven Kriegsökonomie liegt darin, daß sie laufend den Zeitdruck verschärft, der ihre ursprüngliche Ursache war. Je effektiver sie den Kriegsparteien die Ausbeutung der verfügbaren Ressourcen aufdrängt, desto geringer wird die Wahrscheinlichkeit, daß auch in Zukunft noch Ressourcen übrig sind. Dieser selbst produzierte Mangel kann nie dazu führen, daß von Ausbeutung auf Investition umgestellt würde, er erhöht im Gegenteil den Zwang zur weiteren Ausbeutung. Vordringlich ist nur das Überleben. Neue Konflikte werden fingiert, um den Krieg auf zusätzliche Landstriche und weitere Bevölkerungsschichten auszudehnen und damit auf neue, noch nicht ausgeraubte Ressourcen zugreifen zu können. Ausbeutung und Raubbau führen zu mehr Ausbeutung und Raubbau. Die Ökonomie gerät in eine sich selbst vorantreibende Desinvestitionsspirale.

5 Vgl. die Beiträge in Jean/Rufin (1996).

6 Vgl. Zürn (1992, S. 153); Scharpf (1997, S. 73).

Wenn überhaupt noch investiert wird, dann nicht im Kriegsgebiet, sondern im friedlichen Ausland. Investitionen im Kriegsgebiet lohnen sich selten, denn erstens wird hier jede nicht unmittelbar konsumierbare Ressource zum potentiellen Beuteobjekt, das gegen fremden Zugriff verteidigt werden muß; zweitens fehlt die Kaufkraft, die notwendig wäre, damit Investitionen sich amortisieren. Solange niemand investiert, hat niemand ein Interesse an langfristiger Stabilität. Die Zukunft geht verloren. Die Akteure halten sich an die Gegenwart und das heißt, an den Krieg.

2.2 Krieg als Lernproblem: Die Verdrängung friedlicher Kompetenzen

Eine komplementäre Perspektive auf die Eigendynamik des Krieges gewinnt man, wenn man den Krieg als Lernpathologie betrachtet. Das Argument ist folgendes: Der Bürgerkrieg bewirkt, daß Kompetenzen „verlernt“ werden, die für das Leben in einer friedlichen Gesellschaft notwendig sind, und je weiter dieser zivile Kompetenzverlust voranschreitet, desto schwieriger wird es, vom Krieg wieder auf Frieden umzulernen.

Lernen ist gekoppelt an Erfahrung. Menschen und Organisationen entwickeln ihre Kompetenzen im Umgang mit Problemen, die ihnen oft begegnen. Zum Zeitpunkt des Ausbruchs ist der Bürgerkrieg für die meisten Menschen ein völliges Novum. Der Krieg wird als absoluter Ausnahmezustand empfunden, auf seine Bewältigung ist man nicht oder kaum vorbereitet. Kompetenzen, die im zivilen Alltag hilfreich oder unerläßlich waren, sind plötzlich wertlos und irrelevant. Fähigkeiten wie Takt und Toleranz, die Beherrschung von zivilen Techniken, Kenntnisse von Rechts- und Verwaltungsvorschriften, kulturelles Kapital oder handwerkliches Geschick sind nur noch begrenzt verwendungsfähig. Der 'friedliche Sektor' der Gesellschaft schrumpft, die Erwerbchancen in zivilen Wirtschaftszweigen gehen zurück. Elwert schreibt: „Gewerbe, Industrieproduktion, friedlicher Handel und Landwirtschaft geraten in Krisen und brechen dann, wenn sie auf kontinuierliche Lieferung von Inputs von außen her angewiesen sind, vollständig zusammen. Die Löhne und Einkommen in diesen Sektoren sinken. ... Für das Fußvolk des Wirtschaftssystems, die Lohnabhängigen und kleinen Selbständigen, wird es sinnvoll und oft sogar die einzige Überlebensoption, zu Söldnern und/oder Marodeuren zu konvertieren. Die Unternehmer sind gut beraten, wenn sie ihr flüssiges Kapital in den Aufbau einer Truppe und den Kauf von Waffen investieren“ (1995, S. 133).

Wohl oder übel sind die Menschen gezwungen, vom Frieden auf Krieg umzulernen. Die zivilen Fähigkeiten verfallen, sie werden von neuen 'kriegstauglichen' Fähigkeiten verdrängt, die vorher nur in gesellschaftlichen Nischen anzutreffen waren. Vor die Wahl zwischen Flucht, Tod oder aktiver Teilnahme am Kriegsgeschehen gestellt, wird das Erlernen von Techniken der Gewalt, des Sich-durchschlagens und der Skrupellosigkeit zur Überlebensfrage. Nicht bei allen geht

dieser Lernprozeß reibungslos und effektiv vonstatten. Viele Menschen sind durch ihr friedliches Vorleben kognitiv, normativ und oft auch rein physisch stark „vorbelastet“. Andere dagegen empfinden den Krieg als Chance des sozialen Aufstiegs oder der Befriedigung diffuser Aktionslüste, sie lernen entsprechend bereitwillig und schnell. Besonders Kindern und Jugendlichen, die ohne „biographischen Ballast“ direkt in den Krieg hineinsozialisiert werden, gelingt die Spezialisierung auf das Kriegshandwerk oft spielerisch leicht. Waffen sind verfügbar, die Karrierechancen und Distinktionsvorteile des geschickten Umgangs mit ihnen offensichtlich, die „institutionelle Förderung“ durch die Kriegsparteien ist leicht zu haben, und Familien, die die Gewaltbereitschaft noch hemmen könnten, sind durch den Krieg oft schon zerrissen.

Das „Umlernen auf Krieg“ bleibt nicht auf die individuelle Ebene beschränkt, sondern erfaßt mit nachhaltigen Folgen auch die gesellschaftlichen Organisationen. Organisationen, deren Kompetenzprofil auf die Bedürfnisse einer Friedensökonomie zugeschnitten sind – Schulen, Kirchen, Verwaltungen, Industriebetriebe, Gewerkschaften, Interessenverbände – gehen im Krieg entweder kaputt oder passen sich den neuen Bedingungen durch die Entwicklung eigener Gewaltapparate an. Gleichzeitig entstehen neue Organisationen, die speziell kriegstauglich und kriegsdienlich sind. Großhändler kaufen Waffen und Söldner, sie werden zu Kriegsunternehmern, die von Schiebereien oder vom Geschäft des Begleitschutzes für internationale Hilfsorganisationen oder multinationale Unternehmen leben. Lokale Honoratioren schwingen sich zu Kriegsherrn auf, die der Bevölkerung Schutz versprechen und dafür Tributzahlungen erzwingen. Hasardeure wie der Liberianer Charles Taylor bauen Milizen auf, unter deren Schutz Zwangsarbeiter Rohstoffe abbauen, die, auf dem Weltmarkt versilbert, wiederum die Waffen und den Sold der durch Belohnungen und Zwang zusammengehaltenen Milizen finanzieren. In sozialrevolutionäres Pathos gehüllte peruanische und kolumbianische Guerillas spezialisieren sich auf das Drogengeschäft und finanzieren dadurch ihre militärischen und politischen Ambitionen.

Je länger der Krieg dauert, je gründlicher Individuen und Organisationen von Frieden auf Krieg umgelernt haben, desto unwahrscheinlicher wird die Korrektur des pathologischen Lernprozesses. Das liegt daran, daß einmal erworbene kriegerische Fähigkeiten auch zur Anwendung drängen: Wer aus dem Begleitschutz ein Geschäft gemacht hat, muß wollen, daß die Nachfrage danach weitergeht; wer mit dem Drogengeschäft begonnen hat, um seinen Krieg zu finanzieren, wird irgendwann gewahr, daß er den Krieg fortsetzt, um mit seinem Drogengeschäft fortfahren zu können (vgl. Labrousse 1996). Als sich während des Bürgerkrieges in Nordmali die in der Hauptstadt geführten Friedensverhandlungen zu lange hinzogen, wußten sich die von ihren Führern in der Provinz zurückgelassenen Rebellen nicht anders zu helfen, als mit neuen Plünderungen zu beginnen, um ihre Grundversorgung sicherzustellen.

Die Chance, die Lernpathologie noch zu korrigieren, ist auch deshalb gering, weil ein erneutes Umlernen von Krieg auf Frieden mit erheblichen Übergangsko-

sten belastet ist. Wie das Beispiel Mosambik zeigt, das seit 1993 nach dreißigjährigem Krieg den Übergang zum Frieden probt, ist die Umstrukturierung einer Bürgerkriegsökonomie teuer und aufwendig. Die für den erfolgreichen Betrieb einer friedlichen Gesellschaft notwendige Infrastruktur mit den dazugehörigen individuellen und organisatorischen Kompetenzen muß neu aufgebaut werden. Bis sie verfügbar sind und eine *Friedensdividende* abwerfen, vergeht Zeit, und während dieser Zeit ist der Friedensprozeß nicht selbsttragend.⁷ Das wird nicht zuletzt daran deutlich, daß Mosambiks Staatshaushalt zu mehr als fünfzig Prozent durch internationale Hilfen finanziert werden muß, weil das Steueraufkommen aus der zerstörten Wirtschaft zu gering ist, um den Wiederaufbauprozeß selbst zu finanzieren. Ohne auswärtige Hilfe wären die Übergangskosten zum Frieden zu hoch; der Krieg ginge weiter aus Mangel an wirtschaftlichen Alternativen.

2.3 Krieg als Verteilungsproblem: Die Entwicklung von *Vested Interests* in Unfrieden

Die dritte Möglichkeit, die Eigendynamik von Bürgerkriegen zu verstehen, besteht darin, sie als „interessenpolitisches Phänomen“ zu beschreiben: In Bürgerkriegen gewinnen Menschen und Organisationen besonders viel Macht, die an einer Beendigung der Kampfhandlungen besonders wenig interessiert sind.

Bürgerkriege ziehen sozialstrukturelle Folgen nach sich. Bestimmte Schichten steigen ab – politische Eliten, Besitz- und Bildungsbürger, Staatsbedienstete, Angestellte, Industriearbeiter, Handwerker, und Bauern. Andere Schichten erleben ihren Aufstieg, insbesondere militärisches Führungspersonal, ökonomische Gelegenheitsprofiteure, Schmuggler, Schieber und Waffenhändler; dazu kommen gesellschaftliche Randgruppen, die Beschäftigung als Söldner und Milizionäre finden – städtische Arbeitslose, Flüchtlinge, bindungslose Jugendliche.

Die Absteiger haben ein offensichtliches Interesse an der Beendigung des Krieges. Solange sie ihre im Krieg gewonnenen Vorteile wahren können, haben möglicherweise auch die Aufsteiger nichts gegen ein Kriegsende einzuwenden. Bei Kriegsgewinnlern ist das oft der Fall. Zeljko 'Arkan' Raznatovic, der den Treibstoffnachschub nach Serbien während des internationalen Embargos organisierte und dadurch vom Kriminellen zum Großunternehmer aufstieg, mußte nicht befürchten, mit dem Ende des Krieges sein Vermögen zu verlieren und hatte folglich auch keinen Grund, den Friedensprozeß zu boykottieren. Zum Hindernis der Kriegsbeendigung werden dagegen jene, die auf den Krieg angewiesen sind, um ihre Stellung zu behaupten. Sie haben *vested interests* am Bürgerkrieg und verfügen über Gewaltmittel, um diese auch durchzusetzen.

Zu der letzteren Kategorie gehören die militärischen Führer des Krieges und ihre Milizen. Die einen müssen fürchten, Macht an das politische Führungspersonal zu verlieren, die anderen, in Arbeitslosigkeit, Armut und Untätigkeit zurückzu-

7 Zum Problem von Übergangskosten vgl. allgemein Przeworski (1991, Kap. 4).

fallen. Beide Gruppen sind nur dann bereit, den Krieg zu beenden und sich entwaffnen zu lassen, wenn sie dafür z.B. durch lukrative Posten in der Armee oder Staatsverwaltung entschädigt werden. Meistens sind aber in den ausgebluteten Bürgerkriegsländern nicht genug Ressourcen verfügbar, um die Ansprüche aller Kämpfer zu befriedigen. Wo die Entschädigung zu gering ausfällt, erscheint es den abstiegsbedrohten Warlords und Milizionären lohnender, die Waffen zu behalten und den Krieg weiterzuführen (so King 1997, S. 31 ff.). Als in Mali ein Teil der im Norden des Landes operierenden Rebellen im Zuge eines Friedensabkommens in die Armee integriert wurde, spaltete sich der Teil ab, dessen Integration nicht vorgesehen war, und führte den Krieg auf eigene Rechnung weiter. Als der liberianische Warlord Charles Taylor in Friedensverhandlungen nicht die Kompensationen durchsetzen konnte, die seine Kämpfer von ihm verlangten, zerfiel seine Armee in mehrere Fraktionen, die nun auch gegen ihn kämpften.

Selbst wo es gelingt, mit materiellen Entschädigungen einen vorläufigen Gewaltverzicht zu erkaufen, entsteht eine Hypothek für den Friedensprozeß. Sie binden Ressourcen, die für den Wiederaufbau der Wirtschaft und die Wiedereingliederung von Flüchtlingen gebraucht würden und reduzieren dadurch die Chance, den Übergang zum Frieden ökonomisch zu meistern. Die Wahrscheinlichkeit steigt, daß das Land in den Krieg zurückfällt.

3. Stopmechanismen

Bürgerkriege entwickeln, wie gezeigt, aus drei Gründen eine Tendenz zur Selbst-Perpetuierung: Erstens, weil sie den kooperationsfördernden „Schatten der Zukunft“ radikal verkürzen, zweitens, weil sie zu einer Verdrängung von „Friedenskompetenzen“ führen und drittens, weil sie systematisch die Akteure mächtig machen, die an der Beendigung der Kriegshandlungen am wenigsten interessiert sind. Aus dieser Tendenz zur Selbst-Verewigung folgt freilich nicht, daß Bürgerkriege tatsächlich auch ewig dauern müssen.

„Eigendynamische Prozesse laufen nicht unbegrenzt weiter, sondern können früher oder später beendet werden, indem die sie tragende Verursachungsstruktur zerstört wird, was sowohl endogen wie exogen, gewollt und ungewollt geschehen kann“, so Mayntz und Nedelmann (1997, S. 103). Irgendwann hört auch jeder Bürgerkrieg auf. Die Frage ist nur, wie und wann das geschieht. Im folgenden diskutieren wir vier idealtypische Stopmechanismen: Auszehrung, Sieg, Verhandlungserfolg und auswärtige Intervention.

3.1 Kriegsbeendigung durch Auszehrung

Im Krieg leben Menschen und Organisationen hauptsächlich von dem, was da ist; Bürgerkriege zehren von der Extraktion. Sie können deshalb nur so lange

dauern, wie Ressourcen vorhanden sind, die ausgebeutet werden können. Sind die gesellschaftlichen Vorräte aufgebraucht, dann läßt die Intensität der Kämpfe nach und der Krieg stirbt an innerer Auszehrung. Es gibt nichts mehr zu extrahieren. Die Desinvestitionsspirale kommt an ihr Ende.

Wie schnell dieser Punkt erreicht wird, hängt davon ab, wieviele Ressourcen verfügbar und wie intensiv die Techniken der Kriegsführung sind. Beides, Kapitalstock und Kostenintensität, sind variable Größen. Zum Teil werden sie durch den Entwicklungsstand und die speziellen Gegebenheiten des bürgerkriegsführenden Landes bestimmt. In manchen Ländern gibt es mehr Industriebetriebe, die demontiert und größere Bodenschätze, die ausgebeutet werden können, als in anderen. Manchmal haben die Kriegsparteien Zugriff auf ehemalige Armeebestände und manchmal nicht. Vor allem jedoch hängt die Ressourcenverfügbarkeit und die Kapitalintensität des Krieges vom Verhalten der Kriegsparteien und dem Agieren ihrer „internationalen Umwelt“ ab.

Die Kapitalintensität zeitgenössischer Bürgerkriege ist in der Regel gering, zumal wenn sie in sogenannten Entwicklungsgesellschaften stattfinden. Die Bewaffnung beschränkt sich meist auf Kleinwaffen, die in den Grauzonen des Weltmarkts oft unter Herstellungskosten angeboten werden. Die Kosten der Kriegsführung sind daher in erster Linie eine Funktion der Größe der beteiligten Verbände. Selbst bei geringer Kostenintensität ist aber eine Auszehrung des Bürgerkrieges unausweichlich, wenn nicht neue Ressourcen von außen zugeführt werden. Da die Kriegsparteien die Auszehrung lange im voraus antizipieren, bemühen sie sich in der Regel aktiv, ihr durch die Erschließung externer Ressourcenkanäle zuvorzukommen. Dabei haben sie in der Vergangenheit zwei Strategien entwickelt: die Ankoppelung der Bürgerkriegsökonomie an den Weltmarkt und die Mobilisierung freundlich gesonnener auswärtiger Mächte.

Die letztere Strategie hat zu Zeiten des Ost-West Konfliktes in zahlreichen Bürgerkriegen eine große Rolle gespielt. Das ostentative Bekenntnis zum „Sozialismus“ oder zur „Demokratie“ war eine wichtige symbolische Ressource, die von den Bürgerkriegsparteien bei einem der beiden Blöcke erfolgreich in Zahlung gegeben werden konnte, selbst wenn die Glaubwürdigkeit solcher Bekenntnisse oft nur gering blieb, wie die zahlreichen Bündniswechsel etwa am Horn von Afrika oder in Afghanistan belegen. Mit dem Ende des Ost-West-Konflikts sind die Möglichkeiten der ideologischen Ankoppelung indes geringer geworden. Natürlich können die Kriegsparteien versuchen, sekundäre Differenzen auszubeuten, etwa indem sie die Bedrohung durch den „islamischen Fundamentalismus“ beschwören, oder, wie die frankophonen Regime in Afrika, indem sie auf den „aggressiven Expansionismus“ der USA verweisen, um weiterhin von Frankreichs militärischer und finanzieller Hilfe zu profitieren. In der Regel sind sie aber auf neue Wege angewiesen, um die Auszehrung ihrer Kriegsanstrengungen zu verhindern.

Die verbreitetste Variante ist der Versuch, die Kriegsökonomie an die Grauzonen des Weltmarktes anzubinden. Die Erlöse aus Drogenproduktion und Drogenhan-

del, aus dem Export von Diamanten, Tropenholz oder auch der Verkauf von Optionen auf zukünftige Nutzungsrechte sichern Ressourcenzuflüsse in das Kriegsgebiet und verhindern eine schnelle Entkräftung. Oft spielt auch die finanzielle Unterstützung durch Diaspora-Gemeinden und die Inwertsetzung humanitärer Hilfe eine Rolle (zu letzterem siehe King 1997, S. 39).

Trotz intensiver Bemühungen gibt es aber keine Garantie, daß den Kriegsparteien die Stabilisierung ihrer Reproduktion oder gar ein Ausbau ihrer ökonomischen Basis gelingt. Boykottmaßnahmen, die den Zustrom externer Ressourcen reduzieren oder, im Idealfall, ganz unterbinden, können das ihre dazu beitragen, die Auszehrung des Krieges eintreten zu lassen.⁸ Die Auszehrung ist aber noch nicht gleichbedeutend mit der Umstellung der Gesellschaft auf Frieden. Im Gegenteil, sie bietet für den Prozeß einer friedlichen Staatsbildung eher schlechte Voraussetzungen: Für den Aufbau neuer Institutionen fehlen schlicht die Mittel. In einem ausgezehrten Bürgerkriegsland unterbleiben die kriegerischen Aktivitäten nur deshalb, weil es nichts mehr zu plündern gibt – ohne daß Frieden einkehrt.

Für ausgezehrte Kriege ist ein besonderer Schwebezustand charakteristisch; die Kriegsparteien verharren in einer prekären Machtbalance und warten ab. Sie nutzen die vorübergehende Waffenruhe, um ihre ökonomische Basis notdürftig zu sanieren und ihre Kampffähigkeit wiederherzustellen. Die Gefahr, daß die Kämpfe wieder aufflammen, bleibt groß. Dennoch kann eine auszehrungsbedingte Unterbrechung der Kriegshandlungen einen Anknüpfungspunkt für eine Konfliktregelung jenseits der Gewalt bieten. Die Chancen dafür steigen, wenn es den Parteien möglich erscheint, ihre im Krieg gewonnenen Positionen in den Frieden zu „retten“. So ist es dem liberianischen Warlord Taylor gelungen, mit den Einkünften aus seiner Kriegsökonomie einen überaus erfolgreichen Wahlkampf zu führen. Seine im Krieg gewonnene Position wurde demokratisch legitimiert, fortan kann sie mit friedlichen Mitteln konsolidiert werden.

3.2 Kriegsbeendigung durch Verhandlungen

Kriege können auf dem Verhandlungswege gelöst werden, wenn es den Parteien gelingt, sich auf Verteilungsregeln zu verständigen, die sie – nach eigener Einschätzung – besser stellen, als es die Fortführung des Krieges tun würde. Vor allem sind es Pattsituationen, die eine Kriegsbeendigung durch Verhandlungen nicht ganz aussichtslos machen.

Natürlich bleiben Verhandlungen immer schwierig und vom Abbruch bedroht. Überhaupt zu verhandeln, bedeutet für die Kriegsparteien schon ein problematisches Zugeständnis, weil die Fortführung des Krieges nach innen legitimer er-

8 Die Effektivität internationaler Embargos ist oft gering. Sie rufen Kriegsprofiteure auf den Plan, die über verdeckte Verbindungen die Bedürfnisse der Kriegsparteien befriedigen. Ihre Überwachung ist schwierig und teuer. Außerdem stellt die von ihnen unwillentlich geförderte Kriminalität eine schwere Belastung für die Nachkriegszeit dar.

scheint als ein „fauler Kompromiß“ mit dem verhaßten Gegner (vgl. Zartman 1993, S. 26). Oft ist auch unklar, ob die andere Seite überhaupt ernsthaft verhandelt oder nicht vielmehr den Waffenstillstand dazu nutzen will, ihre Position auszubauen. Schließlich kann es sein, daß die verhandelnden Parteien neue Informationen gewinnen – etwa über die tatsächliche Schwäche des Gegners –, was die Wiederaufnahme des Krieges attraktiv machen kann. Auf jeden Fall ist die Kriegsbeendigung durch Verhandlungen in Bürgerkriegen immer instabiler als die Kriegsbeendigung durch den Sieg einer Partei.⁹

Damit ein 'Verhandlungsfrieden' überhaupt zustandekommen kann, müssen zwei Probleme gelöst werden: das Einigungsproblem und das Durchsetzungsproblem. Das Einigungsproblem besteht darin, daß die Führer der beteiligten Kriegsparteien sich auf eine einvernehmliche Friedensformel verständigen müssen, das Durchsetzungsproblem darin, daß die in der Formel vereinbarte Verzichtleistung gegen die Opposition in den eigenen Reihen durchgesetzt werden muß.

Seine besondere Brisanz erhält das Einigungsproblem dadurch, daß die Verhandlungsführer der beteiligten Kriegsparteien oft Zwängen ausgesetzt sind, die ihnen kaum Kompromißmöglichkeiten lassen (vgl. vor allem King 1997, S. 30 ff.). In Grenzfällen kann es lohnender sein, einen aussichtslosen Krieg weiterzuführen, als dem Kriegsgegner Konzessionen zu machen. Der Krieg mag zwar kollektiv schädlich sein. Aber Konzessionsbereitschaft bedeutet oft das sichere Ende der individuellen Karriere des Verhandlungsführers, der sie signalisiert. Sein Führungsanspruch wird permanent durch Konkurrenten aus dem eigenen Lager bedroht.

Sollte trotz dieser Schwierigkeiten eine Einigung erzielt werden, beginnt das zweite Problem, das Durchsetzungsproblem: Führer oder Delegationsleiter müssen die Einigung mitsamt den in ihnen verpackten Zugeständnissen unter ihren Gefolgsleuten durchsetzen. Das scheitert in vielen Kriegen der Dritten Welt daran, daß das Verhältnis zwischen Führern und Parteigängern rein klientelistisch strukturiert ist: Die Parteigänger gewähren ihren Führern Loyalität, weil und solange sie ihnen militärische Erfolge und ausreichende materielle Kompensationen bieten können. Wird zuwenig geboten, etwa als Folge von „mageren“ Friedensverhandlungen, kündigen die Gefolgsleute häufig die Loyalität auf und spalten sich ab. Der ideologische Zusammenhalt ist oft nur gering ausgeprägt, er kann die Desintegration kaum aufhalten. Hinzu kommt, daß die auf Extraktion angelegte Kriegswirtschaft lediglich ein Minimum an Kooperation voraussetzt. Diamantenschmuggel, Geleitschutz oder Plünderung sind auch außerhalb der alten Verbände möglich. Die sich abspaltenden Verbände müssen deshalb nicht mit großen ökonomischen Einbußen rechnen.

Die Verhandlungslösung stellt die Führer folglich vor ein Dilemma. Wenn sie auf Forderungen beharren, die den Erwartungen ihrer Gefolgsleute entsprechen, wird es der Gegenseite unmöglich, ihrerseits die Erwartungen ihrer Anhänger zu befriedigen. Wenn sie dagegen eine einvernehmliche Lösung erreichen, entsteht

9 Vgl. hierzu die empirischen Befunde bei Licklider (1995).

sogleich die Gefahr, daß sie dafür intern keine Zustimmung finden. Ein Verhandlungserfolg setzt deshalb voraus, daß die Erwartungen der einzelnen Akteure wie auch des Kollektiv „irgendwie“ gedrosselt werden. Die Auszehrung, in der es nichts mehr zu gewinnen gibt, kann vielleicht diese Wirkung entfalten, vielleicht auch eine auswärtige Intervention, die eine Weiterführung des Krieges als Rückfalloption ausschließt.

3.3 Kriegsbeendigung durch den Sieg einer Partei

Das Einigungsproblem entfällt, wenn es einen Sieger gibt, der die Verlierer ausbeuten und die Verteilungsansprüche seiner Mitglieder adäquat befriedigen kann. Damit aus diesem Sieg Frieden wird, muß es dem Sieger zugleich gelingen, den Verlierern soviel Interesse am Frieden zu vermitteln, daß er nicht sabotiert wird, wenn sich die Gelegenheit dazu bietet. Praktisch: die ehemaligen Gegner dürfen nicht in eine Situation geraten, in der ihnen keine andere Möglichkeit bleibt als Sabotage oder Flucht. Oft scheitert der 'Siegfrieden' aber schon daran, daß keine der Kriegsparteien je die dazu notwendige Überlegenheit erreicht. Der von Norbert Elias skizzierte „Königsmechanismus“ – die Monopolisierung der politischen Gewalt durch einen Kontrahenten – springt nicht immer an. Die Eigendynamik von Bürgerkriegen sorgt kaum für klare Sieger.

Die Verteilung der Siegchancen hängt von den Unterschieden in Größe, Ausstattung und Organisation der Kriegsverbände ab, ferner vom Grad der Rücksichtslosigkeit und Einsatzbereitschaft der Kombattanten (vgl. King 1997, S. 49 ff.). Daß Rücksichtslosigkeit materielle Nachteile bis zu einem gewissen Grade ausgleichen kann, zeigt das Beispiel der Renamo in Mosambik. Nachdem Südafrika ihr 1984 die Unterstützung entzogen hatte, gelang es ihr trotzdem, ihre Reproduktionsgrundlagen zu sichern – durch brutale Zwangsrekrutierung der Bevölkerung in den besetzten Gebieten zu Arbeits- und Militärdienst (Geffray 1990). Erst als die Frelimo-Regierungsarmee sich auf eine ähnlich rücksichtslose Strategie verlegte und die Bevölkerung aus den zurückeroberten Gebieten gänzlich vertrieb, konnte sie die Renamo endgültig besiegen.

Auch externe Faktoren beeinflussen die Chance einer militärischen Entscheidung des Bürgerkrieges. Die internationale Umwelt kann durch Unterstützung oder Nicht-Unterstützung einer Partei das militärische Kräfteverhältnis entscheidend verändern. Externe Unterstützer sind indes zunehmend schwerer zu finden, weil seit dem Ende des Ost-West-Konfliktes kein universal plausibles Freund-Feind Schema mehr zur Superkodierung komplexer Bürgerkriegssituationen zur Verfügung steht. Zu Zeiten der „Kongo-Wirren“ in den sechziger Jahren war es für die westlichen Staaten noch relativ simpel, sich für die Unterstützung der Militärfraktion unter General Mobutu und gegen die „linksgerichteten“ Lumumbisten zu entscheiden. Heute dagegen herrscht meist Uneinigkeit, wie kürzlich erst zwi-

schen den USA und Frankreich im Hinblick auf die Bewertung der kriegerischen Vorgänge in Zaire.¹⁰

Die Chancen einer Kriegsbeendigung durch Sieg bleiben unsicher. Aber selbst da, wo es einen klaren Sieger gibt, ist der Frieden noch nicht endgültig gewonnen. Sieger tendieren dazu, die Kosten des Übergangs einseitig auf die Verlierer umzulegen, Rache zur Institution zu machen und die Verlierer von Ämtern und Ressourcen auszuschließen. Die ausgeschlossenen Verlierer entwickeln kein Interesse am Frieden. Der Frieden bleibt prekär, der erkämpfte Sieg mündet direkt in die nächste Erosion.

3.4 Kriegsbeendigung durch auswärtige Intervention

Der letzte Mechanismus, um Bürgerkriegen ein Ende zu setzen, besteht in der Erzwingung des Endes durch auswärtige Mächte. Auswärtige Interventionen können die Eigendynamik von Bürgerkriegen unterbrechen, die Ausübung physischer Gewalt erschweren oder gar ganz unterbinden. Das Prinzip ist einfach: Friedensstruppen werden in das Land geschickt, sie trennen die Bürgerkriegsparteien, überwachen den Verzicht auf Gewalt und schaffen die Voraussetzungen dafür, daß die Gesellschaft auf den Pfad friedlicher Entwicklung zurückfinden kann. In der Praxis ist die Entsendung von Friedensstruppen jedoch ein schwieriges Unternehmen mit hohem Risiko des Scheiterns.¹¹

Die erste und wichtigste Erfolgsvoraussetzung ist, daß die Friedenstruppe nicht selbst vom Krieg abhängig wird. Die überwiegend aus Nigeria stammenden Kontingente der ECOMOG-Eingreiftruppe im liberianischen Bürgerkrieg mußten oft monatelang auf ihren mageren Sold warten, sie begannen deshalb, sich durch Plünderungen und die Demontage von Industrieanlagen selbst zu versorgen. ECOMOG-Kommandeure sollen inzwischen am einträglichen Schmuggel mit Rohstoffen und Industrieschrott beteiligt sein. Der Bürgerkrieg wurde durch solche Aktivitäten verschärft. Der Staat oder die Koalition von Staaten, die eine Friedenstruppe entsendet, muß also bereit und in der Lage sein, die Truppe von außen zu versorgen und zu verhindern, daß sie selbst von der Kriegsökonomie abhängig wird. Je nachdem, wie groß die Truppe ist und wie lange die Mission dauert, ist das mit hohen Kosten verbunden.

Diese Kosten sind in der Regel kaum zu umgehen, denn eine weitere Erfolgsvoraussetzung von Friedensmissionen ist, daß die entsandte Friedenstruppe groß genug ist, um den Verzicht auf Gewaltanwendung einigermaßen flächendeckend durchzusetzen, und daß sie lange genug im Lande bleibt, damit Menschen und Organisationen wieder Vertrauen in einen gewaltfreien Normalzustand fassen können. Kurzausflüge in das Kriegsgebiet helfen nicht. Oft verschaffen sie den

¹⁰ Vgl. *Le Monde* vom 18./19. Mai 1997.

¹¹ Zu empirischen Befunden über militärische Interventionen in Kriegen nach 1945 vgl. Gantzel/Schwinghammer (1995, S. 130 ff.), darüber hinaus vgl. Duyvesteyn (1995).

Kriegsparteien bloß eine Atempause, um neue Kraft zu schöpfen und nach Abzug der Interventionstruppen von einer verbesserten Basis aus weiterzukämpfen. Längere Friedensmissionen sind jedoch in den Entsenderländern selbst nur schwer durchsetzbar. Gerade wenn eine Mission erfolgreich ist und vorläufig Ruhe in das Bürgerkriegsland – und die Medien – einkehrt, ist dem politischen Publikum nur schwer zu erklären, warum eine Fortsetzung der Mission noch notwendig ist.

Grundsätzlich ist es ein großes Problem von Friedensmissionen, daß sie stärker von politischen Imperativen der Entsendeländer getrieben werden als von den Gegebenheiten des Bürgerkrieges, den sie befrieden sollen. Zum Teil liegt das daran, daß Bürgerkriege unübersichtliche Ereignisse sind, so daß von außen kaum zu erkennen ist, wer eigentlich mit wem und wogegen kämpft. Eine wichtige Rolle spielt auch, daß der Entsendung von Friedenstruppen oft ganz „narzistische“ Motive zugrundeliegen. Länder intervenieren, weil Regierungen glauben, dem Wahlvolk Moral und Hilfsbereitschaft signalisieren zu müssen, ferner weil Friedensmissionen gute Gelegenheiten bieten, alte politische Schulden abzutragen und Bündnistreue zu dokumentieren, oder weil sie sich dazu eignen, neue Bündnisstrukturen zu erproben. Auch die Erfolgsmaßstäbe der Intervention sind oft sehr selbstbezogen. Wenn es keine Toten in den eigenen Kontingenten zu beklagen gibt, wenn die Kooperation mit den anderen Entsendeländern gut klappt, wenn das Medienecho positiv ist, dann war die Intervention ein Erfolg. Welche Wirkungen sie auf den Krieg selbst hat, bleibt offen und sekundär. Wer erinnert sich noch, was aus dem Krieg in Somalia wurde, nachdem die Amerikaner das Land wieder verlassen hatten?

Die Wirkung von „Friedensmissionen“ ist insgesamt ambivalent. Sie können kriegsverkürzend wirken, wenn und weil sie die Erfolgswahrscheinlichkeit von Friedensverhandlungen erhöhen. Wenn es den Interventionstruppen z.B. in Bosnien-Herzegowina gelingt, den verhandelnden Parteien die Rückfalloption auf den Krieg glaubwürdig zu verbauen, dann können sie die Einigung auf die Modalitäten des Friedens entscheidend erleichtern. Die politischen Spitzen gewinnen an Durchsetzungsmacht gegenüber den militärischen. Die Kriegsgewinnler können nicht auf voller Kompensation bestehen, die Chancen für eine Nachkriegsordnung steigen. Friedensmissionen können aber auch kriegsverlängernde Wirkung haben, wenn sie ein Ende des Krieges durch den Sieg einer Partei verhindern. Den überlegenen Kriegsparteien wird die Intervention immer als ungerechtfertigte Verhinderung ihres Sieges erscheinen, während sie den potentiellen Verlierern den Anreiz nimmt, zu kapitulieren und damit einen Frieden zu ermöglichen.

4. *Sind zwischenstaatliche Kriege immun gegen die Eigendynamik von Bürgerkriegen?*

Der Unterschied zwischen zwischenstaatlichen Kriegen und Bürgerkriegen besteht darin, daß erstere das staatliche Gewaltmonopol nicht unmittelbar in Frage stellen,

während letztere eben damit beginnen, daß das Gewaltmonopol verloren geht. Bürgerkriege beginnen, wenn mit dem Gewaltmonopol des Staates auch die „Sache des Friedens“ ihre Machtbasis einbüßt. Die Gewalt kann sich ungehindert auf alle sozialen Bezüge ausdehnen. Der Krieg wird potentiell total. Es gibt nichts, was sich seiner Eigendynamik noch widersetzen könnte, und deshalb ist er auch so schwer wieder zu beenden. In zwischenstaatlichen Kriegen dagegen bleibt die Gewalt den beteiligten Gesellschaften mehr oder weniger äußerlich. An der „Front“ ist der Krieg zwar zerstörerischer, aber er schlägt nicht auf den Frieden zuhause durch. Der Krieg bleibt, wenn schon nicht immer lokal, so doch zumindest sozial begrenzt. Das Gewaltmonopol sichert den inneren Frieden und verhindert, daß der Krieg eigendynamisch wird. Wenn die kriegführenden Staaten endlich beschließen, daß Frieden ist, dann ist auch Frieden. Notfalls können sie auf ihre Erzwingungsapparate zurückgreifen, um den Kombattanten unmißverständlich das Ende zu signalisieren.

Soweit zu den Idealtypen. In der Wirklichkeit liegen die Dinge weniger eindeutig. Hier sind Bürgerkriege selten wirklich total; es bilden sich Taschen der Gewaltfreiheit aus, in denen Warlords und andere Zwangsinstanzen über lokale Gewaltmonopole verfügen. Umgekehrt bleiben zwischenstaatliche Kriege selten den beteiligten Gesellschaften rein äußerlich.

Langwierige zwischenstaatliche Kriege zwingen die beteiligten Staaten oft zu Handlungen, die das Gewaltmonopol untergraben und auch den zwischenstaatlichen Krieg eigendynamisch machen. Sie erzwingen die Umstellung von Wirtschaft und Industrie auf die Bedürfnisse der Kriegführung. In der Regel bedeutet das den Verzicht auf langfristige Investitionen zugunsten von kurzfristigem Kriegskonsum. Die Folge ist die Verarmung der Volkswirtschaft, und die einzige kurzfristig wirksame Gegenmaßnahme besteht darin, den Kriegsgegner zu besiegen und Reparationszahlungen durchzusetzen. Das bedeutet wiederum eine Intensivierung der Kriegsanstrengungen (Zeitproblem), es bedeutet ferner, daß ein Großteil der gesellschaftlichen Ressourcen in die Entwicklung von kriegerischen Kapazitäten und Kompetenzen investiert wird. Die Transitionskosten zum Frieden werden dadurch immer höher (Lernproblem). Schließlich führt der Krieg zum sozialen und politischen Aufstieg von Militärs und anderem kriegsrelevanten Personal, deren Karrieren eng mit dem Schicksal des Krieges verknüpft sind. Friedensschlüsse, die die besonderen Interessen dieser Personengruppe nicht berücksichtigen, können dadurch erschwert werden (Verteilungsproblem).

Keine dieser Entwicklungen muß zum Zusammenbruch des staatlichen Gewaltmonopols führen. Aber sie können es aushöhlen. Der Moment der Wahrheit kommt für die kriegführenden Staaten mit der Demobilisierung. Für die Sieger ist das noch ein relativ geringeres Problem, weil sie ihren Bürgern symbolische Kompensationen bieten und einige der Übergangskosten zum Frieden auf die Verlierer überwälzen können. Für die Verliererstaaten dagegen endet die Demobilisierung oft in einer existentiellen Krise. Wie das Beispiel vieler Verliererstaaten des Ersten Weltkrieges zeigt, kann mit der Demobilisierung auch der demobili-

sierende Staat zusammenbrechen. Danach kommt der Bürgerkrieg und füllt die gesellschaftlichen Hohlräume, die bisher von der Logik des Krieges verschont geblieben waren. Insofern ist unsere Antwort auf die Frage, ob zwischenstaatliche Kriege immun seien gegen die Eigendynamik des Krieges, vorsichtig: nicht immun, höchstens resistenter.

Literatur

- Axelrod, Robert, 1984: *The Evolution of Cooperation*, New York: Basic Books.
- Bremer, Stuart A., 1993: *Advancing the Scientific Study of War*, in: *International Interactions* 19, S. 1-2, 1-26.
- Duyvesteyn, Isabelle, 1995: *War and Intervention after 1945*, Arbeitspapier Nr. 69 d. Forschungsstelle Kriege, Rüstung und Entwicklung, Universität Hamburg.
- Elias, Norbert, 1988: *Über den Prozeß der Zivilisation: Bd. 2, Wandlungen der Gesellschaft, Entwurf zu einer Theorie der Zivilisation*, Frankfurt a.M.: Suhrkamp.
- Elwert, Georg, 1995: *Gewalt und Märkte*, in: Wolf R. Dombrowsky und Ursula Pasero (Hrsg.), *Wissenschaft, Literatur, Katastrophe. Festschrift zum sechzigsten Geburtstag von Lars Clausen*, Opladen: Westdeutscher Verlag, S. 123-141.
- Gantzel, Klaus Jürgen und Torsten Schwinghammer, 1995: *Die Kriege nach dem Zweiten Weltkrieg 1945 bis 1992. Daten und Tendenzen*, Münster/Hamburg.
- Geffray, Christian, 1990: *La cause des armes au Mozambique. Anthropologie d'une guerre civile*, Paris: Karthala.
- Holsti, Kalevi J., 1992: *International Theory and War in the Third World*, in: Brian L. Job (Ed.), *The Insecurity Dilemma. National Security of Third World States*, Boulder & London: Lynne Rienner, S. 37-60.
- Huntington, Samuel, 1993: *The Clash of Civilizations?*, in: *Foreign Affairs*, Vol. 72, No. 3, summer 1993, S. 22-49.
- Jean, François und Jean-Christophe Rufin (Hrsg.), 1996: *Economie des guerres civiles*, Collection Pluriel, Paris: Hachette.
- King, Charles, 1997: *Ending Civil Wars*, Adelphi-Paper 308, International Institute for Strategic Studies, Oxford: Oxford University Press.
- Labrousse, Alain, 1996: *Territoires et réseaux: l'exemple de la drogue*, in: François Jean und Jean-Christophe Rufin (Hrsg.), *Economie des guerres civiles*, Collection Pluriel, Paris: Hachette, S. 467-494.
- Levy, Jack S., 1989: *Causes of War: A Review of Theories and Evidence*, in: P.E. Tedlock (Ed.), *Stopping the Killing; How civil wars end*, Behavior, Society and Nuclear War, Vol. 1, New York: S. 209-283.
- Licklider, Roy, 1995: *The Consequences of Negotiated Settlements in Civil Wars*, in: *American Political Science Review* 89 (3), S. 681-690.
- Luhmann, Niklas, 1996: *Zeit und Gedächtnis*, in: *Soziale Systeme* 2, S. 307-330.
- Mayntz, Renate und Brigitta Nedelmann, 1997: *Eigendynamische soziale Prozesse*, in: Renate Mayntz, *Soziale Dynamik und Politische Steuerung. Theoretische und Methodologische Überlegungen*, Frankfurt a.M.: Campus, S. 86-114.
- Mendler, Martin und Wolfgang Schwegler-Rohmeis, 1989: *Weder Drachentöter noch Sicherheitsingenieur. Stand und Perspektiven der Kriegsursachenforschung*, HSFK-Forschungsberichte, Frankfurt a.M.: Hessische Stiftung für Friedens- und Konfliktforschung.
- Przeworski, Adam, 1991: *Democracy and the Market. Political and Economic Reforms in Eastern Europe and Latin America*, Cambridge: CUP.
- Scharpf, Fritz W., 1997: *Games real actors play. Actor-centered institutionalism in policy research*, Boulder: Westview.
- Schlichte, Klaus, 1996b: *Das Kriegsgeschehen 1995*, Interdependenz-Heft Nr. 20, Bonn: Stiftung Entwicklung und Frieden.

- Siegelberg, Jens, 1994: *Kapitalismus und Krieg. Eine Theorie des Krieges in der Weltgesellschaft*, Münster/Hamburg: Lit.
- Singer, J. David, 1991: Peace in the Global System: Displacement, Interregnum, or Transformation?, in: Charles W. Kegley (Hrsg.), *The Long Postwar Peace. Contending Explanations and Projections*, NY: Harper Collins, S. 65-68.
- Vasquez, John A., 1993: *The War Puzzle*, Cambridge: Cambridge University Press.
- Wallensteen, Peter and Margareta Sollenberg, 1995: After the Cold War: Emerging Patterns of Armed Conflict 1989-1994, in: *Journal of Peace Research* 32 (3), S. 345-360.
- Waltz, Kenneth N., 1988: The Origins of War in Neorealist Theory, in: *Journal of Interdisciplinary History* XVIII (4), S. 615-628.
- Zartman, William J., 1993: The Unfinished Agenda: Negotiating Internal Conflicts, in: Roy Licklider (Hrsg.), *Stopping the Killing. How Civil Wars end*, New York: New York University Press.
- Zürn, Michael, 1992: *Interessen und Institutionen in der internationalen Politik. Grundlegung und Anwendungen des situationsstrukturellen Ansatzes*, Opladen: Leske und Budrich.
- Zürn, Michael und Lars Brozus, 1996: Kulturelle Konfliktlinien. Ersatz für den kalten Krieg?, in: *Internationale Politik* 51 (12), S. 45-54.